



Verhärtete Fronten: Geschädigte demonstrieren am 24. Dezember vor dem CS-Hauptsitz

FOTO: WALTER BIERI/KEY

# Lehman-Opfer bereiten Sammelklage gegen CS vor

Über 95 Prozent der Anlage-Opfer erhielten keine Entschädigung

VON BEAT SCHMID

ZÜRICH Schweizer Anleger, die Lehman-Papiere von der Credit Suisse gekauft haben, gehen in die Offensive. «Wir bereiten eine Sammelklage nach schweizerischer Spielart vor», sagt der Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer, der die Opfer der Gruppe «Anleger-Selbsthilfe» vertritt. Damit verschärft sich die Auseinandersetzung zwischen der Organisation und der Grossbank.

«Jetzt beginnt die nächste Phase», sagt Gabriela Fischer von der Opfervereinigung, deren 350 Mitglieder 17 Millionen Franken mit strukturierten Produkten von Lehman Brothers verloren haben. Alle Opfer sind Kunden der Credit Suisse und deren Tochterbanken Neue Aargauer Bank und Clariden Leu. Die Anleger-Selbsthilfe und die Schutzgemeinschaft der Lehman-Opfer vertreten über 1000 Geschädigte. Insgesamt dürften Schweizer Anleger 700 Millionen verloren haben.

Die Fronten sind verhärtet: «Die Credit Suisse mauert», sagt Anwalt Fischer. «Und wenn ein Grosser mauert, dann müssen sich die Kleinen eben zusammen-

tun.» Der Anwalt ist momentan daran, eine Sammelklage gegen den Bankkonzern vorzubereiten. Sammelklagen nach bekannter amerikanischer Machart lässt die schweizerische Zivilprozessordnung nicht zu. Doch Fischer glaubt, einen Weg gefunden zu haben, wie er die Grossbank dennoch kollektiv einklagen kann.

Zunächst geht es darum, die Klagen auf einen einzigen Gerichtsstand zu beschränken, um so Rechtssicherheit zu gewähren. Wenn dieses Gericht mit Hunderten von gleich lautenden Anklagen geflutet wird, dürfte es sich aus prozessökonomischen Gründen auf ein paar wenige Klagen beschränken. Die restlichen würden vom Gericht sistiert. Die Zivilprozessordnung sehe die Möglichkeit einer Sistierung vor, wenn die Zweckmässigkeit dies verlangt und wenn der Entscheid von einem anderen Verfahren abhängig sei, schreibt Fischer in einem jüngst publizierten Artikel in der Fachzeitschrift «Plädoyer». Faktisch liefe dies dann auf einen Musterprozess hinaus.

Als Knackpunkt könnten sich die Prozesskosten erweisen. Das Gericht kann einen Kostenvorschuss in der Höhe der zusam-

men gerechneten Ansprüche verlangen. Es kann aber auch nur einen Vorschuss bis zur Höhe der mutmasslichen Gerichtskosten festsetzen. Wählt es die erste Variante, können sich die Kläger den Prozess nicht leisten. Zudem müssen die Kläger die Anwaltskosten der Gegenpartei tragen, falls sie den Prozess verlieren.

«Letztlich geht es hier um den Zugang zum Recht», sagt Fischer. Die Idee einer Sammelklage sei es, sich zusammenzutun, um die Gerichts- und Anwaltskosten zu reduzieren. Ein Kleiner allein habe keine Chance gegen eine Grossbank. «Tatsache ist, dass die Opfer Angst vor der Macht der Credit Suisse haben und nicht vor dem Recht.» Fischer hat Erfahrungen mit Quasi-Sammelklagen. So gewann er mit seiner Kanzlei einen Prozess mit 100 Geschädigten gegen die Anlagegesellschaft Yimpas.

**Kurz vor Weihnachten verschickte die CS die letzten Absagebriefe**

Die Opfer und ihr Anwalt Fischer schauen einer Klage mit Optimismus entgegen. Im Kern werfen sie der Bank vor, falsch informiert zu haben. In Hunderten, offenbar identisch abgelaufenen Verkaufsgesprächen hätten CS-Bankberater die Produkte als absolut sicher und mit garantiertem Kapitalschutz angepriesen.

Die Credit Suisse zeigt sich un-nachgiebig und bleibt auf ihrer harten Linie. Sie entschädigt nur jene Opfer, die mehr als 50 Prozent ihrer Vermögen und weniger als 500'000 Franken in Lehman-Produkten angelegt hatten. Alle anderen bekommen nichts. Kurz vor Weihnachten versandte die Bank die letzten Absagebriefe, um dies den Opfern mitzuteilen. Es zeigt sich, dass nur sehr wenige überhaupt entschädigt wurden.

«Insgesamt haben über 95 Prozent der 350 Opfer keine Entschädigung erhalten», sagt Opfersprecherin Gabriela Fischer. Bis zum Einreichen der Sammelklage will die Anleger-Selbsthilfe weitere Aktionen durchführen. So werden Opfervertreter an der Generalversammlung der Credit Suisse vom 24. April auftreten und der versammelten Bankführung jene Fragen stellen, die der CS-Chefjurist Urs Rohner bisher nicht beantwortete. Dazu haben sie extra CS-Aktien gekauft. «Wir werden nicht klein beigeben und weiterkämpfen, bis wir das Geld zurückhaben», sagt Fischer.

MARKUS GISLER



*Der Staat soll Aktionär werden*

An Silvester wurde ich überrascht. Eine ganze Reihe von Leuten äusserte sich positiv über die Wirtschaftsaussichten. Dabei ist die Ausgangslage unverändert beunruhigend. Psychologisch hängt die Weltwirtschaft von den USA ab, und dort ist die Krise mit Händen zu greifen. Kein Ausweg in Sicht aus dem Dilemma, alte Schulden durch neue zu tilgen oder das Wachstum durch höhere Steuern und Rezession zu dämpfen. Noch lässt sich eine Depression nicht ausschliessen.

Ob Obama und sein Team das Momentum in einen Umschwung umwandeln können, ist fraglich. Das Fed hat seine Munition fast vollständig verschossen. Die Zinsen sind, wie das vor der grossen Depression der Fall war, praktisch bei null. Damit nicht der Eindruck entsteht, die Währungsbehörden seien am Ende ihres Lateins, haben sie einen neuen Begriff für ihre letztmöglichen Massnahmen kreiert. Mit dem «Quantitative Easing», einer mengenmässigen Er-

*Banken würgen die Wirtschaft ab, weil sie die Hosen voll haben und keine Kredite gewähren.*

leichterung, soll das Finanzsystem mit Geld geflutet werden. Was einfach klingt, ist in der Realität nicht umsetzbar. Die Banken würgen die Wirtschaft ab, weil sie die Hosen voll haben und keine Kredite gewähren. Das trifft für die USA zu, aber macht auch vor der hiesigen Wirtschaft nicht halt. Rieter ist ein Beispiel. Die Banken

wären dazu da, auch Härtephasen zu finanzieren. Doch sie zieren sich, mit dem Resultat, dass Firmen in eine Liquiditätskrise geraten.

Nachdem all die Rettungsaktionen nicht wirklich gefruchtet haben und Konjunkturförderprogramme zu spät kommen, ist es Zeit, an bisher Undenkbares zu denken. Die Staaten sollten beginnen, Aktien zu kaufen. Steigende Börsenkurse wirken wie Balsam für die Seele der Märkte. Und vor allem wäre die Massnahme billiger als überhastete Rettungspakete. Aktienkäufe könnten sich als lohnendes Investment herausstellen. Der Staat wird sich mehr als bisher ins Wirtschaftsgeschehen einschalten. Damit rechtfertigt sich ein direktes Engagement in Aktien, zumal der Ausstieg leicht möglich ist. Dank der im Publikum vorhandenen Zuversicht würden Aktienkäufe auf fruchtbaren Boden fallen.

ANZEIGE

## GANZ SCHÖN BITTER

Fernet-Branca. Der Digestif. Seit 1845 unverändert nach Originalrezept von Dr. Fernet mit über 40 verschiedenen Ingredienzen aus 4 Kontinenten hergestellt. Und über 12 Monate lang im handgefertigten Eichenfass gereift.



ENJOY RESPONSIBLY

Der Digestif. **FERNET-BRANCA**